

Präventionsnetzwerk #sicherimDienst

Wenn Politik gefährlich wird – Präventionsnetzwerk #sicherimDienst gibt Hilfestellungen zum Umgang mit Hass und Hetze gegen Mandatsträger*innen

Anne T. Herr, Ralf Hövelmann, Andre Niewöhner, Alexandra Dorndorf

Praxismonitoring
Praxisprojekte im Profil

Einleitung

„Es gab kein Wortgefecht, es kam einfach der Schlag“, so schilderte SPD-Politiker Matthias Ecke seinen erlebten Angriff in Dresden (Spiegel Panorama, 2024). Im Vorfeld der Europawahl wurde der Politiker Anfang Mai 2024 beim Plakatieren zusammengeschlagen und brachte das Thema Gewalt gegen Politiker*innen erneut in den Fokus der Öffentlichkeit. Doch zeigen aktuelle Vorfälle: Es ist nicht nur die „heiße Phase“ des Wahlkampfs der politischen Auseinandersetzungen. Schlagzeilen wie „Essen: Staatsschutz ermittelt nach Angriff auf Bürgermeister“ (Redaktionsnetzwerk Deutschland, 2024) oder „Grabstein vor Grünen-Wahlkreisbüro aufgestellt“ (Frankfurter Rundschau, 2024) sind aus der aktuellen Berichterstattung nicht mehr wegzudenken. Sie machen eine alarmierende gesellschaftliche Entwicklung sichtbar, die in vielen Bereichen zu spüren ist.

Demokratie als Grundpfeiler des Gemeinwesens

Die Demokratie stellt einen Grundpfeiler des Gemeinwesens dar und bildet damit die Grundlage für eine friedliche und gerechte Gesellschaft, in der alle Bürger*innen die Möglichkeit haben, ihre Meinung frei zu äußern und an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Gewalt gegen Politiker*innen untergräbt diese demokratischen Prinzipien, indem sie ein Klima der Angst schafft und den konstruktiven Diskurs verhindert. Hass und Gewalt gefährden daher die demokratische Gesellschaft und ihre Institutionen (Blätte et al., 2022). „Es ist etwas ins Rutschen geraten. Dinge sind sagbar geworden, die vor Jahren nicht sagbar waren“, so äußerte sich Vizkanzler Robert Habeck. Mit Sorge beobachte er, dass immer weniger Menschen politisch aktiv werden wollen. „Ich kann verstehen, dass man sich nicht traut und dass man nicht möchte, dass seine Familie, seine Kinder hineingezogen werden“, so Habeck (Redaktionsnetzwerk Deutschland, 2024). Nur durch den Schutz der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentant*innen kann der Zusammenhalt gesichert werden. Die Gesellschaft, Politik und alle beteiligten Institutionen stehen in der Verantwortung, den politisch Aktiven eine Wirkungsstätte zu garantieren, in der sie ihrer Tätigkeit sicher nachgehen können.

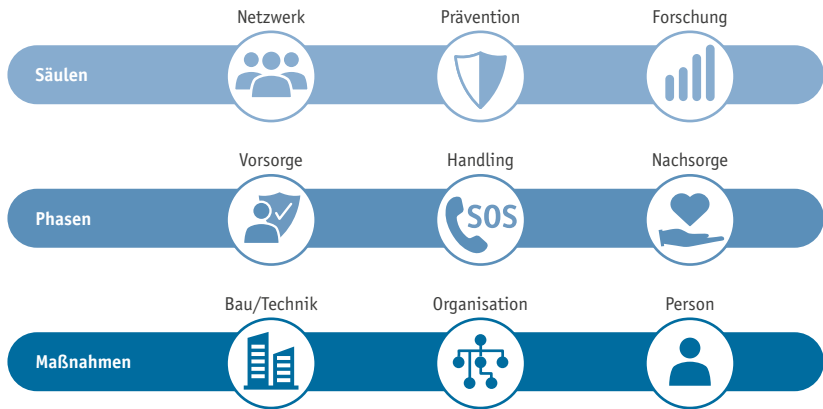
Alarmierende Entwicklung, komplexe Ursachen

Insbesondere die Ergebnisse des „Kommunalen Monitorings“ des Bundeskriminalamtes machen deutlich, dass Mandatsträger*innen Anfeindungen erleben (Bitschnau & Eberspach, 2024; Eberspach et al., 2022). Darüber hinaus scheinen sich Angriffe auf den gesamten Bereich des öffentlichen Dienstes ausgeweitet zu haben. Funktionsträger*innen repräsentieren für viele Bürger*innen das Gesicht des Staates. Umfragen zeigen, dass das Vertrauen in den Staat aus Sicht der Bevölkerung sinkt (Forsa, 2023). Wer sich von einer öffentlichen Stelle benachteiligt sieht, für den werden Bedienstete schnell zum Feindbild. Es gibt verschiedene berufsspezifische Untersuchungen, die das Ausmaß an Gewalt bestätigen (Bannenbergh et al., 2020; Güzel-Freudenstein et al., 2019; Leuschner, et al., 2023). Auch die Anzahl der in der Polizeilichen Kriminalstatistik registrierten Opfer bei Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte*innen und Rettungskräfte ist bundesweit im Jahr 2023 um 10 % gestiegen (Bundesministerium des Innern und für Heimat, 2024).

NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“

Gewalt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat in den letzten Jahren zunehmend Aufmerksamkeit erlangt. Trotz der berufsbedingten Unterschiede ist es notwendig, gemeinsam Lösungen zu finden, einen offenen Dialog zu führen und kollektive Strategien zum Gewaltschutz zu entwickeln. Seit 2021 existiert die NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“, die in Zusammenarbeit mit allen Ressorts dieses Thema behandelt und Maßnahmen unterstützt, die zum Schutz und zur Sicherheit der Beschäftigten beitragen.

Die Initiative umfasst zwei Schwerpunkte: einen behördenübergreifenden Präventionsleitfaden und das Netzwerk #sicherimDienst, das sich seit 2022 für mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen starkmacht. Mehr als 2.300 Beschäftigte aus rund 850 Behörden, Institutionen, Verbänden oder Organisationen haben sich dem Netzwerk bereits angeschlossen. Damit bietet #sicherimDienst die Möglichkeit zum Austausch rund um das Thema „Gewaltschutz am Arbeitsplatz“.



Grafik 1: Schaubild #sicherimDienst zur Struktur der NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“

Für den betrieblichen Gewaltschutz gibt es eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten. Neben baulich-technischen oder strukturellen Voraussetzungen innerhalb der Organisation spielen auch Kommunikation oder Verhaltensweisen der Beschäftigten eine wichtige Rolle. Für unterschiedliche Gefährdungstufen muss festgelegt sein, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, um Übergriffe im besten Fall zu verhindern (Unfallkasse Nordrhein-Westfalen, 2010, S. 33). Gewaltschutz ist komplex und kann in der Umsetzung Herausforderungen darstellen. Geeignete Lösungsansätze und Praxisbeispiele werden im Netzwerk bekannt gemacht und ausgetauscht: „Blaue Briefe“ an respektlose Bürger*innen im Sozialamt der Stadt Wuppertal oder ein „Gewaltschnellmeldebogen“ der Stadt Witten.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass man sich des Themas auf allen Ebenen stärker angenommen hat. Im Rahmen der NRW-Initiative verurteilt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen jegliche Form von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Viele Organisationen setzen mit einer Grundsatzerklärung „Null Toleranz bei Gewalt!“ ebenfalls ein deutliches Signal.



Das Landeskabinett Nordrhein-Westfalen steht geschlossen hinter dem Thema „Schutz und Sicherheit der Beschäftigten“

Veranstaltungsformate und Angebote für Mandatsträger*innen

Das Netzwerk stellt Handlungsempfehlungen zur Verfügung und macht öffentlichkeitswirksam auf die Thematik aufmerksam. Es wird gemeinsam an fachlichen Themen gearbeitet und übergreifende Lösungsansätze initiiert. Zudem organisiert #sicherimDienst eine Vielzahl von Veranstaltungen.

So zum Beispiel das Online-Format „SICHERE STUNDE“, in dem verschiedene Themenkomplexe mit Expert*innen und Betroffenen behandelt werden. In der Gesprächsrunde „Wenn Politik gefährlich wird“ wurden Herausforderungen und Lösungsansätze für mehr Schutz und Sicherheit von Politiker*innen diskutiert.

Seit dem offiziellen Beitritt des nordrhein-westfälischen Landtags zum Netzwerk #sicherimDienst ist das Netzwerk während der Plenarsitzungen mit einem Informationsstand vertreten. In dieser „SICHEREN SPRECHSTUNDE“ in Kooperation mit dem Sicherheitsmanagement des Landtags werden persönliche sowie themenbezogene Anliegen aus dem Wahlkreis erörtert. Dabei werden mögliche Ursachen und rechtliche Aspekte betrachtet sowie erfolgreiche Sicherheitskonzepte der Netzwerkpartner,

wie der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention, dem Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen oder der Sicherheitskooperation Ruhr, vorgestellt. Bei konkreten Fällen vermittelt das Netzwerk an die zuständigen Stellen, ohne Parallelstrukturen entstehen zu lassen.



*Auftaktveranstaltung der regelmäßigen „SICHEREN SPRECHSTUNDE“ für Mandatsträger*innen im Landtag Nordrhein-Westfalen (2023)*

Erfahrungen aus der Netzwerkarbeit zeigen, dass für viele Mandatsträger*innen der Umgang mit der Öffentlichkeit eine Gratwanderung sein kann. Besonders im Wahlkampf möchte man „nahbar“ und ansprechbar für Bürger*innen und deren Belange sein. Dafür werden Familienfotos geteilt oder detaillierte Terminpläne öffentlich kommuniziert. Hier setzt das Netzwerk an, sensibilisiert und macht auf mögliche Gefahren aufmerksam. Ziel ist es, dass Betroffene ein Gefahrenbewusstsein entwickeln und daraus eigene Maßnahmen ableiten können.

Meldung und Dokumentation

Studienergebnisse machen deutlich, dass von einer hohen Dunkelziffer bei Gewaltvorfällen ausgegangen werden muss (Bühren et al., 2022). Eine Vielzahl wird nicht gemeldet oder dokumentiert (70 %), da keine Änderung der Situation erwartet (56 %) oder die Übergriffe als nicht schwerwiegend genug angesehen (55 %) werden. Darüber hinaus scheinen jedoch auch mögliche Reaktionen der eigenen Organisation eine Rolle zu spielen, sei

es durch mangelnde Unterstützung (17 %) oder da negative Konsequenzen befürchtet werden (11 %). Ein ähnliches Bild zeigt sich in Bezug auf das Meldeverhalten von Mandatsträger*innen (Bitschnau & Eberspach, 2024, S. 2 ff.). Von erlebten Übergriffen wurden nur 12 % zur Anzeige gebracht und von einem großen Teil ignoriert (27 %).

Das Thema „Meldung und Dokumentation“ wird auch innerhalb des Netzwerks häufig aufgegriffen. Die Sicherheitsbehörden und Unfallversicherungsträger weisen darauf hin, dass Sicherheitsvorfälle dokumentiert, den Vorgesetzten gemeldet sowie bei Gewaltvorfällen Strafanzeige erstattet werden muss. Eine nachvollziehbare und zeitnahe Dokumentation ist auch Voraussetzung für die Anerkennung von Dienstunfällen.

Konzepte entfalten jedoch nur dann Wirkung, wenn Führungskräfte die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, 2022, S. 52). Sie tragen im Kontext ihrer Fürsorgepflicht eine besondere Verantwortung. Dies führt bei Amts- und Mandatsträger*innen zu vielfältigen Rollen. Sie sind zum einen Personen des öffentlichen Lebens. Zum anderen sind sie als Vorgesetzte und Arbeitgeber*innen verantwortlich für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in der eigenen Organisation. Ihr Vorbild und ihre Maßnahmen, auch im Hinblick auf das eigene Meldeverhalten, sind daher maßgeblich für die Haltung einer Organisation gegenüber allen Arten von digitalen, verbalen oder körperlichen Angriffen. Zugleich stellt sich aber die Frage, ob es nur um die Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber den Beschäftigten geht. Auch die Haltung der Organisation in Bezug auf erlebte Angriffe der Mandatsträger*innen selbst sollte eindeutig vertreten werden. Oft bleibt nämlich unklar: Wer kümmert sich um die Mandatsträger*innen?

Prävention, Handling, Nachsorge

Im öffentlichen Dienst gibt es zahlreiche Berufsbilder. Sie unterscheiden sich unter anderem dadurch, wie und unter welchen Rahmenbedingungen die Bediensteten ihre jeweilige Tätigkeit ausüben. Davon abhängig sind die Art und Weise, aber auch der Grad einer Gefährdung, die mit der jeweiligen Tätigkeit einhergehen und vor denen die Beschäftigten geschützt

werden müssen. Grundlage jeder Gewaltschutzmaßnahme ist die gesetzlich geregelte Beurteilung der Gefährdungen am Arbeitsplatz.

#sicherimDienst fasst Zielgruppen tätigkeitsbezogen zusammen: „Operativ- und Einsatzkräfte“, „Dienstleistende“, „Lehr- und pädagogische Fachkräfte“, „Innendienst mit Publikumsverkehr“ sowie „Mandats- oder besondere Amtsträger“ (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, 2022, S. 20). Entsprechend zielgruppenspezifisch ist auch der Gewaltschutz umzusetzen. Im Innendienst sind die Beschäftigten beispielsweise anderen Arbeitsbedingungen ausgesetzt als im Außendienst, im Gesundheitswesen oder im Bildungsbereich.

Für Mandats- und besondere Amtsträger*innen zählen zu Gefahren insbesondere Drohungen und Beleidigungen, die per E-Mail, Telefon oder anonymem Schreiben übermittelt oder im Internet veröffentlicht werden, sowie Straftaten gegen das Eigentum wie Sachbeschädigungen. Darüber hinaus zählen hierzu Straftaten gegen die persönliche Integrität wie Drohungen, Nachstellungen und Körperverletzungsdelikte (Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, 2023).

Für die Präventionsmaterialien wurden bestehende Leitfäden und Unterlagen unterschiedlicher Netzwerkpartner*innen zusammengefasst und zielgruppenspezifisch gebündelt. Die entstandenen Handlungsempfehlungen enthalten Hinweise und Empfehlungen, wie mit Angriffen umgegangen werden soll. Dabei werden die Punkte Vorsorge, Umgang mit Gewaltsituationen und Nachsorge unterteilt in baulich-technische, organisatorische und personenbezogene Maßnahmen. Es sind unter anderem Hilfestellungen vorhanden in Bezug auf Ansprechpartner*innen sowie bestehende Rechtsgrundlagen für Betroffene. Darüber hinaus werden in den Handlungsempfehlungen klare Erwartungen zu Führungsverantwortung sowie Arbeitgeberpflichten formuliert (Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, 2022).

Zudem wurden Taschenkarten mit Verhaltenshinweisen für Beschäftigte sowie speziell für politisch Aktive zusammengestellt (Präventionsnetzwerk #sicherimDienst, 2023). Hier werden Aspekte wie Rollenbewusstsein, Gefahrenradar, Distanz und Rückzug und Hilfe organisieren prägnant thematisiert. Anlassbezogen zur Europawahl wurden die Kernaspekte der Empfehlungen zum

Schutz politisch aktiver Personen kompakt in einem „Sicherheitsmerkblatt“ zusammengefasst (Präventionsnetzwerk #sicherimDienst, 2024).

Für mehr Schutz und Sicherheit spielt die Handlungssicherheit von Beschäftigten in Konfliktsituationen eine besondere Rolle. Regelungen und Empfehlungen müssen regelmäßig geübt werden, um sie auch in Stresssituationen abrufen zu können. Es geht dabei um Fähigkeiten wie Gefahrenradar, deeskalierende Kommunikation, Rechtsfragen, Selbst- und Fremdschutz. Das Netzwerk hat diese Punkte in der Fortbildungskonzeption „Handlungssicherheit durch Gewaltschutztrainings“ zusammengestellt und didaktische Verlaufspläne sowie entsprechender Musterausschreibungen erstellt (Präventionsnetzwerk #sicherimDienst, 2024).

Organisationskultur

Das Präventionsnetzwerk #sicherimDienst verfolgt das Ziel, niederschwellige und zielgruppenspezifische Angebote sichtbar zu machen, um sowohl Mandatsträger*innen als auch übergreifend alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu erreichen. Dazu gehört die Bekanntmachung und Vernetzung bereits bestehender behördlicher, politischer und zivilgesellschaftlicher Kampagnen sowie Unterstützungsangebote. Eine Vielzahl von Kampagnen und Programmen ist diesbezüglich bereits bekannt, zum Beispiel das Portal „Stark im Amt“ als Initiative der Körber-Stiftung in Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden oder zivilgesellschaftliche Kampagnen wie die „Initiative für Respekt und Toleranz“. Auch seitens der Sicherheitsbehörden wurden bundesweit Angebote und Handlungsempfehlungen für Amts- und Mandatsträger*innen erstellt (Landespolizeipräsidium Baden-Württemberg, 2020; Landespolizei Schleswig-Holstein, 2024).

Die Erfahrung der zweijährigen Netzwerkarbeit zeigt, dass jedoch besonders die Kommunikation und Bekanntmachung von Verfahrensanweisungen und Hilfsangeboten an die Zielgruppe eine besondere Herausforderung zu sein scheint. Vielfach wirken einzelne Maßnahmen isoliert oder kommen nicht bei den Betroffenen an. #sicherimDienst setzt an diesem Punkt an, macht Initiativen und Hilfestellungen bekannt und wirkt als übergreifende und vernetzende Klammerfunktion.

Auch innerhalb der Kommunen und Organisationen müssen strukturelle Aspekte zum Gewaltschutz thematisiert und bekannt gemacht werden. Im Sinne der Führungsverantwortung muss sich die gesamte Organisation, nicht nur einzelne Personen, kümmern – beginnend mit Präventionsmaßnahmen, Verfahrensregelungen sowie Trainings. Aufgrund ihrer doppelten Rolle als mögliche Betroffene und Verantwortliche gilt dies auch für Amts- und Mandatsträger*innen. Neben der internen Nachsorge geht es um die Vermittlung von externer Hilfe oder betrifft rechtliche Aspekte wie Strafantrag durch den Dienstherrn, das Initiieren und Begleiten von Dienstunfallschutz, Schadensersatz und Schmerzensgeld. In diesen Fällen hat die Organisation eine „Bringschuld“, nicht die Betroffenen eine „Holschuld“.

An einigen Stellen liegen keine Zahlen zu Übergriffen vor oder es ist keine Sensibilität für das Thema gegeben. Der Fokus sollte in diesen Fällen auf der Prävention liegen. Bereits bevor Gewaltvorfälle passieren, sollten die nachfolgenden Schritte transparent und verlässlich geregelt sein. Ein weiterer Aspekt ist zugleich der kritische Blick auf das eigene Handeln: Wie geht der öffentliche Dienst mit Bürger*innen um, gibt es strukturelle Diskriminierung? In vielen Fällen entstehen kritische Situationen durch Interaktion beider Seiten. Hier ist beispielsweise das Beschwerdemanagement eine gute Grundlage, um sich dem Ausmaß der Problematik zu nähern.

Ausblick

Sicherheit im Dienst und im Mandat ist leider kein Standard, von dem man grundsätzlich ausgehen kann. Durch Zusammenarbeit aller staatlicher Institutionen und der Gesellschaft müssen Hass und Hetze zurückgedrängt werden. Wenn es gelingt, das Prinzip der „zusammengeschobenen Schreibtische“ unter Überwindung fachlicher und kommunaler Grenzen mit Leben zu füllen, kann dies einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage leisten. Aber: Das Problem betrifft uns alle, Gewalt endet nicht an Ländergrenzen. Deswegen müssen die Institutionen länderübergreifend zusammenstehen. Die NRW-Initiative „Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ und das gemeinsame Vorgehen bieten hierfür ein mögliches Konzept.

Literatur

Bannenberg, B., Herden, F., Kemperdiek, F. & Pfeiffer, T. (2020). *Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen. Eine Studie im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion, Landesbund Hessen (DBB Hessen)*. https://docplayer.org/183261316-Gewalt-gegen-beschaeftigte-im-oeffentlichen-dienst-des-landes-hessen.html#show_full_text

Bitschnau, S. & Eberspach, K. (2024). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)*. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2024/05/KoMo-Herbstbefragung-2023-1.pdf>

Blätte, A., Dinnebier, L. & Schmitz-Vardar, M. (2022). Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *Schriften zur Demokratie* (Band 64). https://www.boell.de/sites/default/files/2022-12/studie_vielfaeltige-repraesentation-unter-druck_anfeindungen-und-aggressionen-in-der-kommunalpolitik-pdf

Bühren, K., Kuche, C., Piesker, A., Steffens, B., Steffens, C., Tritsch, S., Uhlig, F. & Ziekow, J. (2022). Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Ergebnisse der Behörden- und Beschäftigtenbefragung. *Speyerer Forschungsbericht* 303. Deutsches Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung. <https://dopus.uni-speyer.de/frontdoor/deliver/index/docId/5769/file/FB303.pdf>

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (2024). *Polizeiliche Kriminalstatistik 2023. - Ausgewählte Zahlen im Überblick*. Abgerufen am 10. Juli 2024 von [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=3#:~:text=Im%20Berichtsjahr%202023%20wurden%201.249,\(24%2C8%20Prozent\)](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/pks-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=3#:~:text=Im%20Berichtsjahr%202023%20wurden%201.249,(24%2C8%20Prozent))

Eberspach, K., Bitschnau, S. & Kemmesies, U. (2023). *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)*. <https://www.motra.info/wp-content/uploads/2022/11/KoMo-Herbstbefragung-2022.pdf>

Forsa (2023). *dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst: Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger*. https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2023/230815_dbb_Buergerbefragung_2023_final.pdf

Frankfurter Rundschau (2024, 28. Februar). *Grabstein vor Grünen-Wahlkreisbüro aufgestellt - „Recht des Stärkeren“ darf sich nicht durchsetzen*. <https://www.fr.de/politik/gruene-grabstein-buero-sebastian-striegel-sachsen-anhalt-rechtsextremismus-querdenker-afd-soe-der-zr-92860821.html>

Güzel-Freudenstein, G., Christiansen, M., Bergmann, A., Koch, O. & Rieder, N. (2019). *Ergebnisbericht GINA: Gewalt in der Notaufnahme*. Hochschule Fulda - University of Applied Sciences. <https://fuldok.hs-fulda.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/962/file/Ergebnisbericht+GINA.pdf>

Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen (2023). *Präventionshinweise für Personen des öffentlichen Lebens*. <https://polizei.nrw/sites/default/files/2023-03/praventionshinweis-fur-personen-des-offentlichen-lebens.pdf>

Landespolizei Schleswig-Holstein (2024). *Ihre Sicherheit als Amts- und Mandatsträger sowie Person des öffentlichen Lebens*. https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/POLIZEI/Praevention/Allgemeine_Verhaltenstipps/_downloads/flyer_sicherheit_amts_und_mandatstraeger.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Landespolizeipräsidium Baden-Württemberg (2020). *Hinweise für die Durchführung von Wahlkämpfen*. https://im.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-im/intern/dateien/pdf/201118_Merkblatt_Wahlk%C3%A4mpfe.pdf

Leuschner, F., Herr, A. T., Balaneskovic, K. & Lorei, C. (2023). Angriffsprävalenzen in Arbeitsbereichen mit normdurchsetzenden und helfenden Aufgaben. *Kriminologie – Das Online-Journal*. 5(1), 52–78. <https://doi.org/10.18716/ojs/krimoj/2023.1.3>

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (2022). *Mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst – Präventionsleitfaden*. https://www.sicherimdienst.nrw/system/files/media/document/file/21-0989-lafp_broschure-mehr-schutz-und-sicherheit_barrierefrei-bild-neu.pdf

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2024, 14. Februar). „RND vor Ort“: Der Talk mit Vizekanzler Robert Habeck im Video. <https://www.rnd.de/politik/rnd-vor-ort-mit-wirtschaftsminister-und-vizekanzler-robert-habeck-NX4XEMYEQRH5TI2JPMHLPNEVHA.html>

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2024, 4. Mai). *Schlag ins Gesicht: Staatsschutz ermittelt nach Angriff auf Essener Bürgermeister*. <https://www.rnd.de/politik/essen-staatsschutz-ermittelt-nach-angriff-auf-buergermeister-ISDLQVE7FVJGTJWNWKFTVJVNCA.html>

Präventionsnetzwerk #sicherimDienst (2023). *Taschenkarte Sicherheit von Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern*. https://www.sicherimdienst.nrw/system/files/media/document/file/2023-05-09_taschenkarte_mandat_final.pdf

Präventionsnetzwerk #sicherimDienst (2024). *Handlungssicherheit durch Gewaltschutztrainings*. https://www.sicherimdienst.nrw/system/files/media/document/file/sicherimdienst_fortbildungskonzeption_gewaltschutztrainings_1.pdf

Präventionsnetzwerk #sicherimDienst (2024). *Sicher im Wahlkampf – Empfehlungen für politisch Aktive*. https://www.sicherimdienst.nrw/system/files/media/document/file/sicherimdienst_empfehlungen_fuer_politisch_aktive_im_wahlkampf.pdf

Spiegel Panorama (2024, 11. Mai). *SPD-Politiker Ecke über Angriff in Dresden*. <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/matthias-ecke-spd-politiker-berichtet-vom-angriff-in-dresden-a-2386f257-bcf4-4186-aeab-e9d9e0db79ae>

Unfallkasse Nordrhein-Westfalen (2010). *Gewaltprävention – ein Thema für öffentliche Verwaltungen?* https://www.unfallkasse-nrw.de/fileadmin/server/download/praevention_in_nrw/PIN_37.pdf